

bzw. auslaufender Unternehmenskooperationen getreten. Hierzu zählten Probleme bei der Auflösung des Joint Venture bzw. beim Verkauf der Unternehmensanteile, die insbesondere durch den Widerstand des chinesischen Partners hervorgerufen wurden. (ASWJ, 5.3.91)

Der zunehmende regionale Wettbewerb um ausländische Investitionen hat zu einer breiten Palette von unterschiedlichen Investitionsbedingungen in den "Sonderwirtschaftszonen", "Geöffneten Küstenstädten" "High-Tech-Entwicklungszonen" und "Entwicklungszonen für Wirtschaft und Technologie" geführt. (SCMP, 23.5.91) Um den Standort für ausländische Investoren noch attraktiver zu machen, werden sogar abweichend von den offiziellen Bestimmungen lokale Zugeständnisse gemacht. (SWB, 17.12.90) Insgesamt dominiert jedoch bei der regionalen Aufteilung der ausländischen Investitionen nach wie vor die Provinz Guangdong, gefolgt von Shanghai und der Provinz Liaoning.

Auch die Verteilung der ausländischen Investitionen nach Herkunftsländern zeigt weiter die dominante Position Hongkongs, allerdings auch die wachsende Bedeutung Taiwans als Investor. So wurden 1990 1.117 Projekte taiwanesischer Investoren genehmigt, dies stellt einen Zuwachs von 105% gegenüber 1989 dar. Das Investitionsvolumen von 984 Mio.US\$ im Jahre 1990 stellt sogar eine Zunahme von 125% gegenüber 1989 dar. (NfA, 14.5.91) Auch bei den bis April d.J. durchgeführten ausländischen Investitionen ist der Zuwachs der taiwanesischen Investitionen gegenüber der Vorjahresperiode am höchsten. (CD, 19.5.91) -schü-

*(16)

Einkaufsdelegation in Europa

Unter Leitung des ehemaligen MOFERT-Vizeministers Wei Yuming wird eine Gruppe von 22 Vertretern des Ministeriums für Wirtschaftsbeziehungen und Handel mit dem Ausland, der Staatlichen Planungskommission, des Ministeriums für Material und Ausrüstung, der Städte Shanghai und Tianjian sowie der Provinzen Fujian und Guangdong die EG-Staaten bereisen. Begleitet wird diese Gruppe von einer Einkaufsdelegation, die sich aus Mitgliedern der wichtigsten Außenhandelsgesellschaften sowie aus Ver-

tretern von 13 Provinzen und Städten zusammensetzt. Ziel des in der Zeit vom 1.6.-27.6.1991 geplanten Europa-Besuchs sind Verhandlungen über den Kauf von Maschinen, Ausrüstungen, Technologie, und Rohstoffen für die Textil-, Bergbau-, Telekommunikations- und Energieindustrie sowie für die petrochemische Industrie. Nach chinesischen Angaben soll die Einkaufsdelegation Aufträge im Wert von 1 Mrd.US\$ vergeben können. Von diesem Betrag werden jedoch allein 300 Mio.US\$ für zwei Großaufträge an Italien und an Großbritannien gehen, für die bereits im Vorfeld Verhandlungen erfolgt waren. (CD, 26.5.91)

Deutsche China-Experten und ausländische Beobachter schätzen die Funktion der Einkaufsdelegation überwiegend als "Goodwill-Tour" ein, durch die die Bereitschaft zum Abbau des chinesischen Außenhandelsüberschusses demonstriert werden soll. Gleichzeitig wird die Aussendung der Einkaufsdelegation nach Europa zum jetzigen Zeitpunkt als Signal für die USA verstanden, die Meistbegünstigung im bilateralen Handel fortzusetzen. (SCMP, 27.5.91) Inwieweit außerdem über die bereits vorher verhandelten Kaufaufträge hinaus neue Verhandlungsabschlüsse erfolgen werden, wird stark angezweifelt.

Nach den eigenen Zollstatistiken wies China im letzten Jahr ein Handelsdefizit mit der EG von 2,46 Mrd.US\$ aus, wobei die chinesischen Importe europäischer Produkte mit 8,1 Mrd.US\$ und die chinesischen Exporte mit 5,64 Mrd.US\$ (CD, 26.5.91) angegeben wurden. Diese Berechnung weicht jedoch zunehmend von den Statistiken der europäischen Handelspartner ab, weil China nicht die Transfer-Exporte über Hongkong einbezieht, die in den letzten Jahren am schnellsten angestiegen sind. (HB, 18.4.91) -schü-

*(17)

Funktion der Hermes-Bürgschaften überschätzt

Eine vom Ostasiatischen Verein (OAV) in Hamburg und dem Ost-Ausschuß der Deutschen Wirtschaft gemeinsam durchgeführte Untersuchung zeigt den beschränkten Einfluß der Hermes-Bürgschaften auf die Entscheidungen deutscher Exporteure auf.

Im Mittelpunkt der Untersuchung stand die Frage, inwieweit sich die

Aussetzung der Hermes-Bürgschaften nach den Tiananmen-Ereignissen auf die Kontinuität der Geschäftsbeziehungen zu China auswirkte. Von den meisten Unternehmen wird die Hermes-Bürgschaft als von geringer Bedeutung bzw. als "gänzlich unbedeutend" eingeschätzt und ohne entscheidenden Einfluß auf das China-Geschäft. Lediglich 14% der befragten Unternehmen mußten durch die Aussetzung der Hermes-Bürgschaften Verluste hinnehmen. Für bestimmte Branchen sind die Hermes-Bürgschaften jedoch von größerer Bedeutung. Hierzu zählen vor allem die Unternehmen im Maschinen- und Anlagenbau, die 56% der Hermes-Bürgschaften in Anspruch nehmen.

Ausschlaggebend für eine Ausweitung der Geschäftsbeziehungen mit China ist nach Aussage der meisten Unternehmen nicht die Fortsetzung der Hermes-Bürgschaften, sondern die Zahlungsfähigkeit der chinesischen Geschäftspartner (für 36% der befragten Unternehmen), die politische Stabilität (26%) und die positive Wirtschaftsentwicklung (21%). (HB, 17./18.5.91) -schü-

Korrektur zur Übersicht (21) "Zhu Rongji in Deutschland", C.a., 1991, S.218

In der Übersicht wurden die Gesprächspartner Zhu Rongjis durch einen Übertragungsfehler versehentlich falsch wiedergegeben. Richtig muß es heißen: "Zhu Rongji, der als erster chinesischer Besucher nach dem 4.Juni 1989 auf Ministerebene empfangen wurde, führte zunächst Wirtschaftsgespräche mit dem Vorsitzenden des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, Otto Wolff von Amerongen, sowie mit Bundeswirtschaftsminister Jürgen Möllemann und Kanzleramtsminister Karl Seifers in Bonn.

Binnenwirtschaft

*(18)

Neues Reformexperiment in Guanghan

Nach einem Bericht der SCMP vom 28.5.91 wird im Kreis Guanghan, Pro-

vinz Sichuan, seit Anfang April mit der völligen Freigabe der Getreidepreise experimentiert. In Guanghai wurden auch Anfang der 80er Jahre unter Zhao Ziyang Reformexperimente durchgeführt, die in der Folgezeit landesweit Verbreitung fanden.

Das Reformexperiment in Guanghai sieht einerseits vor, daß die Bauern nicht mehr einen festgelegten Teil ihrer Getreideproduktion an den Staat zu einem Preis verkaufen müssen, der unterhalb der Marktpreise liegt. Andererseits hat die Kreisregierung von Guanghai auch die direkte Preissubventionierung beim städtischen Getreidekonsum abgeschafft und die Ausgabe von Getreiderations-Coupons beendet.

Die negativen Wirkungen der Preisfreigabe für die städtische Bevölkerung, die im ländlichen Kreis Guanghai einen Anteil von 17% der Gesamtbevölkerung stellt, werden zunächst aufgefangen. So erhält jeder städtische Einwohner eine jährliche Transferzahlung von 100 Yuan; abhängig vom Erfolg des Reformexperimentes sollen die Subventionszahlungen später angepaßt werden.

Durch die Reform sollen sowohl die staatlichen Subventionsbelastungen reduziert als auch über die Erhöhung der Getreidepreise neue Anreize für die Bauern geschaffen werden, wieder verstärkt Getreide anzubauen. Außerdem wird erwartet, daß die Bauern mit steigenden Einkommen auch verstärkt langlebige Konsumgüter kaufen und damit die gesamte Nachfrage nach industriellen Produkten beleben.

Seit der Preisfreigabe stiegen die Marktpreise für Getreide nach offiziellen Angaben im Kreis Guanghai lediglich von 0,96 Yuan/kg auf 1,02 Yuan/kg. Allerdings wird zukünftig noch mit höheren Preissteigerungen gerechnet, da die Nachfrage der städtischen Bevölkerung, die sich vor dem 1. April noch mit Getreidevorräten eingedeckt hat, wieder steigen wird.

Zwar wird von offizieller Seite zugegeben, daß die experimentelle Freigabe der Preise vor dem Hintergrund hoher Getreideüberschüsse und relativ niedriger Marktpreise auch dazu führen könnte, daß die Bauern sich für den Anbau anderer Pflanzen als Getreide entscheiden könnten. Dies würde dann

dazu führen, daß statt der erwarteten Steigerung des Getreideoutputs eher weniger Getreide produziert würde. Jedoch wird erwartet, daß die Bauern nicht ohne weiteres das Risiko eingehen, gewinnträchtigere Wirtschaftspflanzen anzubauen, da ihnen die hierfür notwendigen Kenntnisse über Anbautechniken fehlten. Außerdem müßten die Bauern ja auch Getreide für den Eigenverbrauch sowie für die Zahlung der Landwirtschaftssteuer in Form von Getreideablieferungen anbauen.

Nach Darstellung der *SCMP* wurde über das Reformexperiment Guanghai in der chinesischen Presse noch nicht berichtet, um Unruhen unter der städtischen Bevölkerung über eine mögliche Explosion der Lebenshaltungskosten zu vermeiden.

Insgesamt weist das Reformexperiment Guanghai den richtigen Weg aus dem Dilemma, das sich im Verlauf der Wirtschaftsreform verschärft hat: Die Erhöhung der staatlichen Aufkaufspreise in den ländlichen Gebieten erfolgte nicht über eine Anpassung der Verkaufspreise für die städtischen Konsumenten, sondern über eine Preissubventionierung aus dem Staatshaushalt. Da die Anhebung der staatlichen Aufkaufspreise jedoch nicht ausreichend war, um die Steigerung der Produktionskosten aufzufangen, sanken die Einkommen der Bauern im Getreideanbau. Damit verbunden wurden andere wirtschaftliche Aktivitäten für die Bauern attraktiver und ihr Anreiz, Getreide anzubauen, reduziert.

Allerdings müssen noch genauere Informationen über das Reformexperiment in Guanghai abgewartet werden, da noch viele Fragen offen sind. So beispielsweise, wie die Bauern die Probleme der Vermarktung und des Transports von Getreide lösen, wie die Verteilung von landwirtschaftlichen Inputs wie Saatgut, chemischer Dünger, etc. erfolgt und letztlich, welche Funktion noch die staatliche Planung haben wird. -schü-

* (19)

Kosten politischer Kampagnen geschätzt

Für die von Mao Zedong in den 50er Jahren initiierte Kampagne des "Großen Sprungs nach vorn" sowie für die

nach offiziellen Angaben im Zeitraum 1966-76 durchgeführte "Kulturrevolution" liegen erstmals offizielle Verlustschätzungen vor. Der wirtschaftliche Schaden dieser Kampagnen wird mit insgesamt 620 Mrd. Yuan (ca. 116 Mrd. US\$) angegeben; der Verlust für die Kampagne in den 50er Jahren mit 120 Mrd. Yuan und der durch die "Kulturrevolution" entstandene Verlust mit 500 Mrd. Yuan.

Wie hoch diese durch politische Kampagnen entstandenen wirtschaftlichen Schäden sind, macht der Vergleich mit dem Umfang der Kapitalinvestitionen deutlich. So werden die gesamten Kapitalinvestitionen innerhalb der 30 Jahre seit Gründung der VR China bis zum Ende der "Kulturrevolution" von chinesischer Seite mit 650 Mrd. Yuan beziffert. Vor dem Hintergrund dieser hohen Verluste warnen einige chinesische Ökonomen davor, nochmals auf politische Kampagnen im wirtschaftlichen Bereich zurückzugreifen. (*SCMP*, 15.4.91; *SWB*, 17.4.91)

In einem Kommentar der *ASWJ* wird zwar die erstmalige Schätzung der Kosten politischer Kampagnen als positiv angesehen, doch auch eine Bewertung der durch die staatliche Planung insgesamt bis heute verursachten Kosten erfordert. Als Maßstab hierfür sollte das im Verhältnis zu Taiwan extrem niedrige Pro-Kopf-Einkommen von umgerechnet 350 US\$ pro Jahr herangezogen werden. (*AWSJ*, 2.5.91) -schü-

* (20)

Preiserhöhungen für städtische Konsumenten

Die bereits Anfang des Jahres angekündigten Erhöhungen der staatlichen Verkaufspreise für Getreide und Speiseöl in den Städten gelten seit dem 1. Mai 1991.

Die Preiserhöhung für die subventionierte Getreiderationsmenge (umfaßt Weizenmehl, Reis und Mais) von durchschnittlich 15 kg Getreide pro Person im Monat beträgt 0,20 Yuan/kg Getreide. Vor der Preisanpassung mußten die städtischen Konsumenten für 1 Kilo Getreide ca. 0,28 Yuan bezahlen, während der staatliche Aufkaufspreis in den ländlichen Gebieten rund 0,60 Yuan/kg ausmachte. Einschließlich der Verwaltungskosten subventionierte der Staat den städtischen Verbrauch mit 0,60 Yuan/kg.

Die Preissteigerung für Speiseöl beträgt durchschnittlich 2,70 Yuan/kg. Auch hier war der staatliche Verkaufspreis für die städtischen Konsumenten vor der Preisanpassung in Höhe von 1,60 Yuan pro Kilo wesentlich niedriger als der Aufkaufspreis von 4,28 Yuan/kg., den die Bauern erhielten. Die staatlichen Subventionen für den Verzehr von Speiseöl durch die städtischen Konsumenten machten fast 4 Yuan/kg. aus.

Die schrittweise Erhöhung der staatlichen Verkaufspreise für landwirtschaftliche Produkte ist der Versuch, die seit Beginn der Wirtschaftsreform durch zunehmende Preissubventionen gestiegene Belastung des Staatshaushalts abzubauen. Während die für den Konsum der städtischen Bevölkerung aufgewandten Preissubventionen für Getreide und Speiseöl im Jahre 1978 noch 3,6 Mrd. Yuan ausmachten, erhöhten diese sich im Jahre 1980 auf 10,8 Mrd. Yuan und erreichten 1990 rund 40 Mrd. Yuan.

Nach offiziellen chinesischen Einschätzungen wird damit gerechnet, daß der Einfluß der Preiserhöhungen auf den Lebensstandard des überwiegenden Teils der städtischen Bevölkerung nur gering sein wird. Einerseits wird ein Teil der negativen Wirkungen durch die Gewährung von zusätzlich 6 Yuan pro Monat für die städtischen Angestellten und Rentner aufgefangen werden; einen Ausgleich erhalten auch die Studenten und Empfänger von staatlichen Unterstützungen sowie das Militär. Andererseits wird darauf hingewiesen, daß der Anteil der Lebenshaltungskosten für Getreide und Speiseöl kontinuierlich gesunken sei und 1989 noch 8,36% betrug (1964: 24,25%). (SWB, 29.4.91)

*(21)

Steigende Bedeutung der Inlandsanleihen

Vor dem Hintergrund des wachsenden Haushaltsdefizits, das im letzten Jahr 15 Mrd. Yuan erreichte, gewinnt die Ausgabe von Staatsanleihen zunehmend an Bedeutung. Nach Angaben eines Sprechers des Finanzministeriums ist in diesem Jahr eine Emission von staatlichen Schuldverschreibungen in Höhe von 10 Mrd. Yuan geplant. Die Staatsanleihen sollen individuellen Personen bzw. Geschäftsleuten ange-

boten werden, eine Laufzeit von drei Jahren und eine jährliche Verzinsung von 10% aufweisen; dieser Zinssatz liegt damit um 1,72% über den Bankzinsen für Anlagen mit derselben Laufzeit. Außerdem sind die Zinseinkommen von der Besteuerung ausgenommen.

Nach Einschätzung des Finanzministeriums sind die Bedingungen für die Ausgabe der staatlichen Schuldverschreibungen günstig, da die privaten Sparguthaben im letzten Jahr gegenüber dem Vorjahr 1989 um 36,7% auf 703,4 Mrd. Yuan gestiegen seien. Darüber hinaus stehe die Rückzahlung von Staatsanleihen in Höhe von ca. 15 Mrd. Yuan zum 1.7.91 an.

Während in der Vergangenheit die Ausgabe von staatlichen Schuldverschreibungen als "Zwangsanleihe" erfolgte, wobei der Kauf von Staatsanleihen durch die Beschäftigten obligatorisch war, soll nunmehr ein Teil der geplanten Schuldverschreibungen durch Finanzinstitutionen angeboten werden. (SWB, 26.4.91)

Nach einem Bericht der AWSJ vom 19.4.91 wird ein Syndikat von 70 inländischen Investitionsgesellschaften unter Leitung der CITIC (China International Trust and Investment Corp.) die Unterbringung von Anleihen im Werte von 2,5 Mrd. Yuan übernehmen. Das Experiment mit der Übernahme und dem Verkauf von Regierungsanleihen durch Investitionsgesellschaften soll auch der Imageverbesserung dieser Anlageform dienen und eine bessere Ausschöpfung individueller Sparguthaben ermöglichen.

Insgesamt wurden seit Beginn der Ausgabe von Staatsanleihen im Jahre 1981 Schuldverschreibungen im Werte von rund 100 Mrd. Yuan emittiert, von denen ca. 70 Mrd. Yuan noch nicht zurückgezahlt wurden. Mit steigendem Kapitalbedarf wurden von der Regierung auch Märkte für den Handel mit Staatsanleihen zugelassen; seit 1988 bestehen solche Märkte in 61 Städten. (ASWJ, 18.4.91)

Im April d.J. hat das Finanzministerium die Ausgabe zusätzlicher staatlicher Schuldverschreibungen, sogenannte "Spezielle Staatsanleihen", mit einem Wert von 2 Mrd. Yuan angekündigt. Die eine Hälfte der Schuldverschreibungen sollen Unternehmen und

Institutionen mit relativ guter Wirtschaftslage übernehmen, während die andere Hälfte an solche Organisationen verkauft werden soll, die die Rentenfonds der staatlichen Betriebe und die Arbeitslosenversicherungsfonds verwalten. Gegenüber den "normalen" staatlichen Schuldverschreibungen weisen die "Speziellen Staatsanleihen" weniger attraktive Konditionen auf, da ihre Laufzeit fünf Jahre beträgt und der jährliche Zinssatz lediglich 9% ausmacht.

Als Grund für die Ausgabe der "Speziellen Staatsanleihen" nennt das Finanzministerium vor allem die Unterstützung des nationalen Aufbaus und die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in einer stabilen und koordinierten Weise. (SWB, 29.5.91)

Die steigende Bedeutung von Anleihen für die Deckung der Kapitalnachfrage spiegelt sich auch in der Ankündigung der staatlichen chinesischen Industrie- und Handelsbank wider, in diesem Jahr Schuldverschreibungen von über 30 Mrd. Yuan auszugeben. Die Laufzeit dieser Schuldverschreibungen wird zwischen 1-3 Jahren betragen und jährliche Zinsraten von 8,5%, 9,2% bzw. 10% aufweisen. Durch die Reduzierung der Verzinsung für langfristige Spareinlagen, die bei einer Anlagedauer von einem Jahr auf 7,5% gesunken sind, werden die Schuldverschreibungen als eine attraktivere Anlageform gefördert. (XNA, 13.5.91) Auf diese Weise soll die längerfristige Bindung der Sparguthaben der Bevölkerung erreicht werden. -schü-

Taiwan

*(22)

Kleine Kabinettsumbildung

Im Exekutiv Yuan (Kabinett) fand Ende Mai eine Umbildung auf Ministerebene statt. Wie bereits berichtet (C.a. April 1991, Ü 31, S.225 f.), ist Verkehrsminister Zhang Jianbang (Clement C.P. Chang, 62) aufgrund der Verwicklung seiner Familie in einen Finanzskandal am 24. April 1991 zurückgetreten (am 11. April wurden der Minister und seine Familie von Staatsanwältin Xu Agui für nicht schuldig